

Zeitschrift: Schaffhauser Beiträge zur Geschichte
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Schaffhausen
Band: 81 (2007)

Artikel: Walther Bringolf
Autor: Wolf, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-841567>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Walther Bringolf

* 1. August 1895 in Basel, † 24. März 1981 in Schaffhausen

WALTER WOLF

Sein ganzes Leben hat Walther Bringolf der Politik gewidmet. Darüber handelt dieser Beitrag. In einem kurzen Abriss werden zunächst die wichtigsten Stationen aus dem Leben dieser Persönlichkeit geschildert.¹ Dann wird versucht, einige Aspekte ihres politischen Denkens und Handelns in den Horizont des damaligen Zeitgeistes zu stellen.²

Stationen aus Bringolfs Leben

Hans Walther Bringolf wurde am 1. August 1895 in Basel geboren. Sein Vater, Bürger von Hallau und Schaffhausen, arbeitete als Nachtwächter in einer chemischen Fabrik. Seine Mutter Verena, geborene Häusler, kam aus dem Württembergischen. In Schaffhausen, wohin die Familie bald umzog, besuchte Walther die Schulen und absolvierte eine dreijährige Maurerlehre. Ein Studium am Technikum Winterthur brach er vorzeitig ab. Seit 1915 leistete er oft Aktivdienst. Im Zivil versah er keine feste Stelle.

Sein Redner- und Führertalent erprobte der junge Aktivist im lokalen und im schweizerischen Soldatenbund. Beiden Vereinigungen, die sich gegen die Schikanierung von Soldaten zur Wehr setzten, stand er als Präsident vor. 1919 trat Bringolf der Sozialdemokratischen Partei (SP oder SPS) bei. Bereits ein Jahr später entsandte sie ihn nach Moskau an einen Kongress der Kommunistischen Internationale (Kominintern), wo es zur Begegnung mit Lenin, dem «Gehirn und Herz der Weltrevolution», kam. Die Frage eines allfälligen Beitritts zur Komintern war aber in der SP umstritten. Nach heftigen internen Kämpfen entschied sie sich mehrheitlich dagegen. In der Folge kam es zur Abspaltung des linken Flügels. Bringolf und die meisten

1 Dies geschieht in Anlehnung an die Biografie: Walter Wolf, Walther Bringolf: Sozialist, Patriot, Patriarch, Schaffhausen 1995. – Nicht zur Sprache kommen in diesem Aufsatz die kulturellen Facetten dieser vielseitigen Persönlichkeit.

2 Dies geschieht in Anlehnung an die Biografie: Roger Sidler, Arnold Künzli: Kalter Krieg und «geistige Landesverteidigung» – eine Fallstudie, Zürich 2006. Sidler gelingt es, die dargestellte Person in den gesellschaftspolitischen Kontext zu stellen.

Schaffhauser Genossen schlossen sich 1921 der neu gegründeten Kommunistischen Partei an.

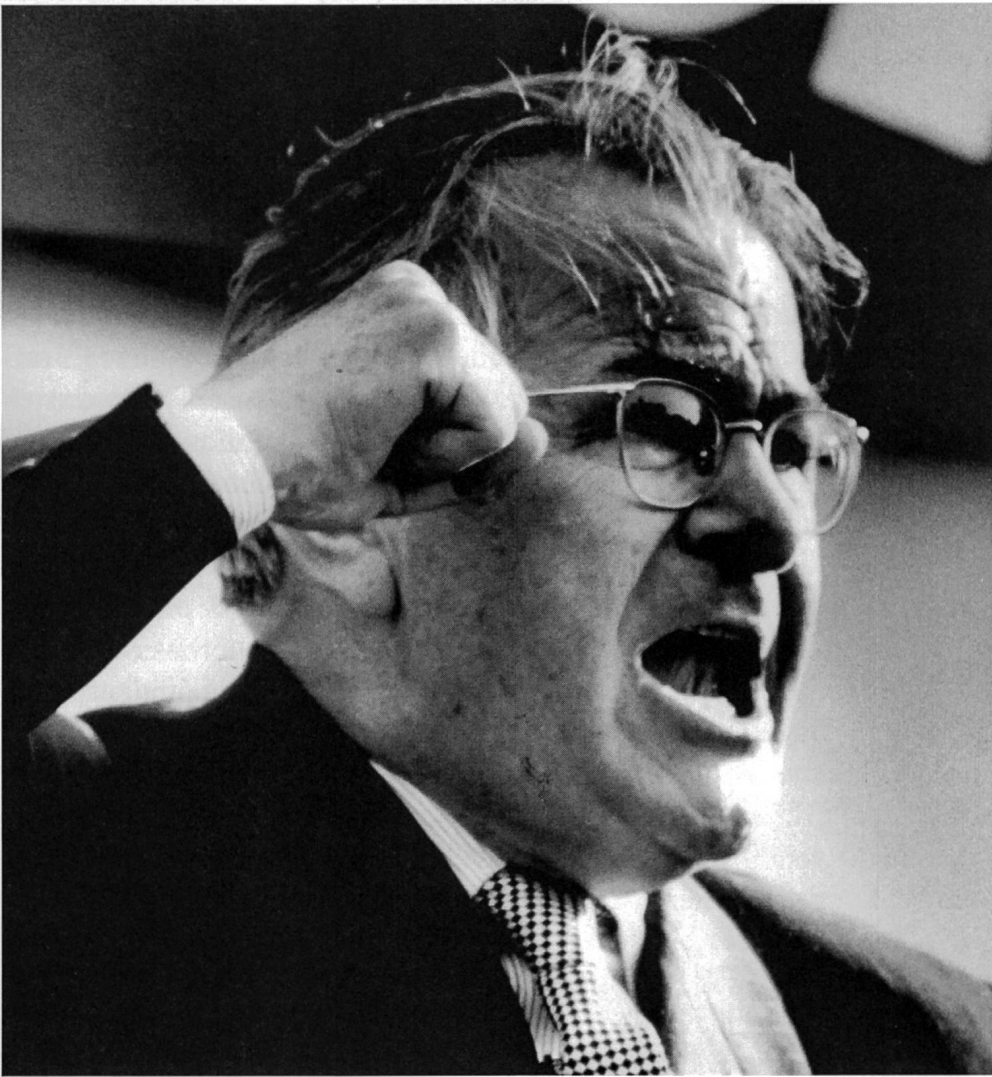
Noch im gleichen Jahr übernahm der Linkspolitiker die Redaktion der Schaffhauser «Arbeiter-Zeitung» («AZ»). Als Journalist, Volkstribun, Streik- und Demonstrationsführer entfaltete er eine hektische Aktivität. In Margrit Wildberger, Tochter eines Färbermeisters und militanten Sozialisten, fand er seine Lebensgefährtin. 1924 wurde Bringolf in das Stadt- und in das Kantonsparlament gewählt. Ein Jahr später erfolgte sein Einzug in den Nationalrat, dem er 46 Jahre lang angehörte. Als Parlamentarier setzte er sich kämpferisch, aber unter Respektierung demokratischer Regeln für soziale Belange ein. Den grössten Erfolg erzielte er im Kampf gegen die Sandlunge. Dieses Engagement führte in den Dreissigerjahren zur versicherungstechnischen Anerkennung der Silikose als Berufskrankheit und zur Sanierung der lebensgefährlichen Arbeitsverhältnisse in Giessereien und Steinbrüchen.

Dass der Schaffhauser Kommunist in den Legislativen «wie ein sozialdemokratischer Parlamentarier» auftrat, trug ihm die Rüge der Komintern ein. 1930 wurde er nach Moskau zitiert. Der «Abweichler» sollte sich verpflichten, die Schaffhauser Partei mitsamt der «AZ» wieder auf Kurs zu bringen. Lange blieb Bringolf unentschlossen. Erst auf Drängen seiner einheimischen Genossen entschied er sich zum Bruch mit dem Stalinismus.

Damit war die Rückkehr zur Sozialdemokratie programmiert. Aber es sollte noch ein halbes Jahrzehnt dauern, bis dieser Schritt vollzogen wurde. In der Zwischenzeit betätigte sich Bringolf als oppositioneller Kommunist. Unter diesem Etikett wurde er nach einem hitzigen Wahlkampf zum Schaffhauser Stadtpräsidenten gewählt. Seine Amtszeit dauerte von 1933 bis 1968 und war durch emsige Betriebsamkeit gekennzeichnet. Als besondere Ereignisse seien hervorgehoben: Notstandsarbeiten in der Wirtschaftskrise wie etwa die Erneuerung des Allerheiligen-Museums, Improvisation von Not- und Rettungsmassnahmen nach der Bombardierung von Schaffhausen, Veranstaltung von Bach-Wochen und berühmten Gemäldeausstellungen in der Nachkriegszeit, Bewältigung des Baubooms in den Fünfziger- und Sechzigerjahren.

Bereits 1936, ein Jahr nach seinem Beitritt zur SPS, wurde der ehemalige Kommunist in die Geschäftsleitung, das oberste Parteigremium, berufen. Dort trug er wesentlich dazu bei, dass sich die Partei zu einem Ja für die Wehrkredite durchrang. Angesichts der Gefahr aus dem Norden konnte er nicht länger die Landesverteidigung bekämpfen, wie er es früher als Oppositionspolitiker getan hatte. Bringolf war ein entschiedener Gegner von Nationalsozialismus und Frontismus. In Schaffhausen kam es zu lebhaften Scharmützeln mit den frontistischen Hitler-Anhängern.

Im Zweiten Weltkrieg wehrte sich der Politiker gegen Mutlosigkeit und Defätismus. Als aussenpolitischer Leitartikler hielt er mit seinen Sympathien für die Westalliierten nicht zurück. Auch setzte er sich gegen Zensur-Eingriffe und für die Pressefreiheit zur Wehr. In bedeutenden Kommissionen des Nationalrates kritisierte er die – wie ihm schien – zu nachgiebige Haltung des Bundesrates gegenüber Hitler-Deutschland. Schliesslich wurde er zum Anwalt einzelner Flüchtlinge, die über die Grenzen zurückgeschoben werden sollten.



Walther Bringolf
Bild: Stadtarchiv Schaffhausen

Nach Kriegsende nahm er eine deutliche Abgrenzung gegenüber der Politik der Sowjetunion vor. Es gelang ihm, die SP davon zu überzeugen, dass sich die Schweiz am Marshall-Plan für den Wiederaufbau Europas beteiligen müsse. Als der Bundesrat 1958 die Beschaffung von Atomwaffen für die Schweizer Armee in Erwägung zog, wurde die SP einer Zerreißprobe für und wider die Atombewaffnung ausgesetzt. Bringolf, damals schweizerischer Parteipräsident, sah sich zum Handeln gezwungen. Durch Taktieren gelang es ihm, zwischen den Blöcken zu vermitteln. Aber im Grunde war ihm das Thema zuwider.

Zusammen mit den Katholisch-Konservativen (heute CVP) gehörte Walther Bringolf zu den Architekten der Zauberformel für den Bundesrat. Anstelle des dritten Freisinnigen sollte ein zweiter Sozialdemokrat Einzug in die Landesregierung halten. Die Rechnung ging 1959 mit der Wahl der Genossen Spühler und Tschudi in den Bundesrat auf. Dennoch handelte sich der Schaffhauser eine Niederlage ein, hatte er sich doch vergeblich um das Amt beworben. Sein grösster politischer Traum ging für ihn nicht in Erfüllung.

1972 trat der 77-Jährige von seinem letzten Amt zurück. Allmählich war es etwas einsam um ihn geworden. 1949 war seine Frau Margrit einem Schlaganfall erlegen. In der Sängerin Maria Stader lernte er wieder einen Menschen kennen, mit dem er sich austauschen konnte. Am 24. März 1981 starb Walther Bringolf in seinem 86. Lebensjahr.

In dem nun folgenden zweiten Teil soll versucht werden, einige wesentliche Aspekte des öffentlichen Wirkens dieser Persönlichkeit in den gesellschaftspolitischen Kontext zu stellen.

Zwanzigerjahre: Klassenkampf

Der junge Bringolf hatte es bis zum Maurer gebracht. Dieser Beruf lag ihm nicht besonders. Tastende Versuche zur Weiterbildung gab er bald wieder auf. Sein brennender Ehrgeiz blieb ungestillt. Wo konnte der überdurchschnittlich Begabte ein ihm zusagendes Betätigungsfeld finden?

Der Soldatenbund bot ihm eine erste willkommene Gelegenheit. Bringolf war es ehrlich um bessere Mannschaftsführung in der Armee zu tun. Der Soldat habe als Bürger und Mensch Anspruch auf würdige Behandlung. Mit dieser Forderung wollten die Soldatenbündler keineswegs die Demokratie und die Landesverteidigung in Zweifel ziehen.³

Nach Beendigung des Aktivdienstes zeichnete sich bei Bringolf eine Bruchstelle ab. Sie sollte nicht die einzige in seinem Leben sein. Er verliess den Soldatenbund und vollzog den Beitritt zur Sozialdemokratie, dem zwei Jahre später die Hinwendung zum Kommunismus folgte. Mit diesem Schwenker gehorchte der politische Neuling einem damals weit verbreiteten Linkstrend. Die Arbeiterbewegung, in die er sich einreichte, hatte sich seit der Russischen Revolution von 1917 und dem Generalstreik

3 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 25–30.

von 1918 radikalisiert. Das Bürgertum seinerseits beharrte in blosser Abwehrhaltung gegen links und versäumte es, soziale Reformen voranzutreiben. So dominierten in der Innenpolitik der Zwanzigerjahre die klassenkämpferischen Töne.⁴ Bringolf liefert hierfür ein anschauliches Beispiel. Er zog mit Arbeitslosen demonstrierend ins Rathaus, schürte Streiks in Schaffhauser Grossbetrieben, ging mit der «reformistischen Versumpfung» der Sozialdemokratie scharf ins Gericht, ekelte kompromisswillige Genossen aus der Partei hinaus und ergriff bei Budgetdebatten im Nationalrat «die rote Fahne des Antimilitarismus».⁵ Der charismatische Führer verstand es, auf zwei Instrumenten zu spielen: Er agierte als «ausserparlamentarische Gegenmacht» wider das bestehende System (Streiks und Demonstrationen), betätigte sich aber auch im Rahmen der parlamentarisch-direkt-demokratischen Opposition (Motionen, Initiativen, Wahlen und Abstimmungen).⁶ Rasch wurde er zum «Bürgerschreck». Der Graben zwischen rechts und links vertiefte sich.

Dreissigerjahre: Integration

1920 war der Jungkommunist Bringolf in Begeisterung über die Sowjetunion ausgebrochen: «Eine Welt ist im Vergehen – eine Welt ist im Erstehen, das sagt uns Sowjetrussland!»⁷ Zehn Jahre später kam es zum Bruch mit Moskau. Ein einschneidendes Ereignis im Leben des aufstrebenden Politikers! Der Abschied von seinem Idol fiel ihm nicht leicht.⁸

Allmählich begann sich Bringolf in die helvetische Normalität einzugliedern. Begünstigt wurde dieser Vorgang durch zwei aussergewöhnliche Wahlerfolge. Wider Erwarten konnte 1931 der oppositionelle Kommunist seinen Nationalratssitz verteidigen, obwohl der Kanton Schaffhausen nur noch zwei statt drei Mandate zu vergeben hatte. Im folgenden Jahr kam es zu einer weiteren Sensation. Bei einer Wahlbeteiligung von 93,3 Prozent konnte Bringolf mit 113 Stimmen Vorsprung dem Schaffhauser Freisinn das Mandat des Stadtpräsidenten abjagen.⁹ Beide Male hatte er die Erfahrung gemacht: So schlecht zahlte sich die Demokratie für ihn nicht aus. Bringolf näherte sich dem System an.

Bringolfs persönlicher Triumph im Rahmen demokratischer Strukturen verlief parallel zu dem «sich langsam vollziehenden politischen Integrationsprozess der Sozialdemokratie».¹⁰ Auch sie profitierte von der demokratischen Beschaffenheit des politischen Systems. Innerhalb von fünfzehn Jahren hatte die SP ihre Man-

4 Sidler (vgl. Anm. 2), S. 139. – Walter Wolf, Faschismus in der Schweiz, Die Geschichte der Frontenbewegungen in der deutschen Schweiz 1930–1945, Zürich 1969, S. 18–19, 298–299.

5 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 58, 62–64, 71, 73.

6 Bernard Degen, Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten, Zürich 1993, S. 127.

7 Walther Bringolf, Russische Reise 1920, Berlin 1921, S. 154.

8 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 91–94.

9 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 96–98, 109–111.

10 Sidler (vgl. Anm. 2), S. 139.

datszahl im Nationalrat von 19 auf 50 erhöht. Dies verdankte sie in erster Linie der Einführung des Proporzsystems. In zahlreichen Städten und etlichen Kantonen wurden Sozialisten in die Exekutive gewählt. Zürich, Genf und Basel erhielten rote Mehrheiten. Häufiger als früher teilte sich die SP mit den bürgerlichen Parteien in die Würde und Bürde der Regierungsgeschäfte.¹¹

Zur Beschleunigung des Integrationsprozesses trug auch die Machtergreifung der Nationalsozialisten von 1933 in Deutschland bei. Dies wird an der Person von Walther Bringolf besonders deutlich. Ihm war sofort klar: Die Selbstzerfleischung der deutschen Linken hatte es Hitler erleichtert, ans Staatsruder zu gelangen. Aus dieser Lektion galt es, die Lehren zu ziehen. In Schaffhausen gab es ebenfalls eine zersplitterte Linke – und dazu neuerdings eine straff organisierte frontistische Rechte. Diesem doppelten Übel musste die Stirn geboten werden. Hatte Bringolf früher auf eine Spaltung links der Mitte hingearbeitet, so brachte er jetzt eine Einigung zustande, indem er seine Gruppierung der SP zuführte. Gleichzeitig sagte er der freiheitsfeindlichen Frontenbewegung den schärfsten Kampf an. Bereits musste er sich den Vorwurf gefallen lassen, er verteidige fanatisch die Demokratie.¹² Tatsächlich hatte ihm die doppelte Gefahr von aussen und innen den Wert der demokratischen Einrichtungen deutlich vor Augen geführt.

Dies hatte auch zur Folge, dass sich Bringolf – parallel zur SP, zu der er 1935 zurückgefunden hatte – von überholten politischen Positionen verabschiedete. «Unter dem Eindruck der aussenpolitischen Gefährdung durch die unberechenbar gewordenen faschistischen Diktaturen [...] begann sich [...] ab 1935 eine Sammlung zur Mitte abzuzeichnen [...]. Die Arbeiterschaft bereitete diesen Weg der Verständigung vor, indem sie in ihrem neuen Aktionsprogramm von 1935 ausdrücklich den bürgerlichen Staat bejahte, was faktisch auf den Verzicht des bis anhin hochgehaltenen Klassenkampfpostulats hinauslief. Mit dem Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung am sozialdemokratischen Parteitag von 1937 signalisierte sie noch einmal ihren festen Willen, sich in die bestehende bürgerliche Ordnung einzufügen.»¹³ Bringolf, der an Macht und Prestige zugelegt hatte, spielte an diesem Parteitag die erste Geige. Als neues Mitglied der Geschäftsleitung fiel ihm die Aufgabe zu, seine Genossen zum Umdenken in der Wehrfrage zu überreden: «Wir haben heute ein Interesse an der Sicherung und Verteidigung unserer Grenzen und unseres Landes gegen die faschistische Kriegsgefahr.» Deshalb sollte die SP den Wehrkrediten des Bundesrats zustimmen. Einzige Aufgabe der Armee sei die Verteidigung des Landes nach aussen. Zu vermeiden hingegen sei ihre Verwendung für innere polizeiliche Aufgaben, wie dies beim Generalstreik von 1918 geschehen war. Diese Argumentation verfehlte ihre Wirkung nicht. Der Parteitag stimmte dem Kurswechsel im Verhältnis 5:1 zu. Gekrönt wurde dieser Umschwung durch ein neues Kreditbegehren des Bundesrates im Jahre 1938. Diese Vorlage zeichnete sich dadurch aus, dass je die Hälfte der Mittel für den Ausbau der Armee und die

11 Wolf 1969 (vgl. Anm. 4), S. 300.

12 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 100–105.

13 Sidler (vgl. Anm. 2), S. 140.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwendet wurde. Erstmals in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaats wurde die Wehrbereitschaft mit dem Gedanken des sozialen Ausgleichs verknüpft.¹⁴

Zweiter Weltkrieg: Geistige Landesverteidigung

Der politische Konsens, auf den die Schweiz damals zusteuerte, beruhte auf einem nationalen Selbstbild, welches man unter dem Begriff der «geistigen Landesverteidigung» zu subsumieren pflegt. Dem «völkisch-totalitären Konzept der faschistischen Nachbarstaaten» wurde das «Modell einer kleinen, kulturell vielfältigen Willensnation» entgegengestellt. Der Berner Historiker Roger Sidler unterscheidet drei Spielarten dieser geistigen Landesverteidigung: eine konservative, eine liberale und eine sozialdemokratische. Allen drei gemeinsam sei die Betonung der geistig-kulturellen Eigenart der Schweiz, der Rückgriff auf den Gründungsmythos der Eidgenossenschaft sowie die Abwehrhaltung gegen aussen. Charakteristisches Merkmal der sozialdemokratischen Spielart sei darüber hinaus das Einstehen für sozialpolitische Reformen.¹⁵ Auf diese Definition trifft eine Bemerkung zu, die Bringolf im Frühling 1938, kurz nach der Annexion Österreichs, an einem Parteitag der SPS machte: «Wir achten und bekennen uns zur Fahne unseres Landes, aber wir verzichten nicht auf unsere roten Fahnen, die das Symbol der Erlösung der Bedrückten und Bedrängten sind.»¹⁶

Allerdings erlitt das Orientierungsmuster der geistigen Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg einen empfindlichen Stoss, nachdem das ruhmreiche Frankreich unter den Schlägen der deutschen Wehrmacht zusammengebrochen war. Angst, Niedergeschlagenheit und Mutlosigkeit machten sich in der Schweiz breit. Ausdruck dieser Verunsicherung war die verunglückte Radioansprache von Bundespräsident Pilet-Golaz am 25. Juni 1940. Dem Magistrat gelang es nicht, das rechte Wort zur rechten Zeit zu finden. Zweideutig blieb seine Äusserung über die «innere Wiedergeburt» des Menschen, bedenklich der Appell, sich dem Rhythmus der Ereignisse «anzupassen». Vor allem aber fehlte das Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie. Früh reihte sich Bringolf in die Phalanx der Kritiker ein. Auch beteiligte er sich an der Gründung der «Aktion Nationaler Widerstand». Diese Bewegung war gewillt, jedem Anschein von Kapitulationsbereitschaft entgegenzuwirken. In einem Gelöbnis, das Bringolf mitredigiert hatte, verpflichteten sich die 581 Mitglieder voller Pathos, zu kämpfen «für die Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit der schweizerischen Eidgenossenschaft», einzustehen «für die Freiheit der Person und des Gewissens», den Kampf aufzunehmen «gegen jeden Defaitisten, stehe er wo er wolle». Von ähnlichem Geist

14 Walter Wolf, Bringolfs Umdenken in der Militärpolitik, in: Schaffhauser Heimatbuch, Nr. 1, Schleithelm 2007, S. 23–25.

15 Sidler (vgl. Anm. 2), S. 141–148.

16 Protokoll des Parteitags der SPS vom 21./22. 5. 1938, Zürich 1938, S. 33.

beseelt, gaben die Schaffhauser Sozialisten bei den Gesamterneuerungswahlen im Herbst 1940 die Parole «Nid aapasse – uffpasse!» aus.¹⁷

Nachkriegszeit: Antikommunismus

Bis in das schweizerische Bürgertum hinein reichten am Ende des Zweiten Weltkriegs die Sympathien für die Sowjetunion. Das russische Volk und die Rote Armee hatten ja wesentlich zur Befreiung Europas vom nationalsozialistischen Joch beigetragen, was indirekt auch der Schweiz zugute kam.

Aber der Kreml verscherzte bald viele Sympathien mit seiner imperialistischen Machtpolitik. Er befahl den Bau des Eisernen Vorhangs, der Europa in zwei Blöcke schied. So entstand die «bipolare Welt der Nachkriegsära, die sich [...] in den freiheitlichen Westen und den totalitären Osten» aufteilte. Über alle innenpolitische Gegensätze hinweg grenzte sich die Schweiz gegen den Kommunismus ab. Ein neuer «Basiskonsens» bildete sich heraus – diesmal nicht gegen den Nationalsozialismus, sondern gegen den als nicht minder bedrohlich empfundenen Kommunismus.¹⁸

Vorerst widerstand Bringolf der Versuchung, «den antikommunistischen Feldzug mitzumachen». Die SPS wolle sich im Ost-West-Gegensatz neutral verhalten. Sie wolle den europäischen Kontinent «weder zum Exerzierfeld der Sowjetunion noch zur kapitalistischen Einflusszone der amerikanischen Machtpolitik» entarten lassen.¹⁹

Dies war die Position Bringolfs und der Partei, als im Februar 1948 die Tschechoslowakei einem kommunistischen Staatsstreich zum Opfer fiel. Im Namen der SP-Fraktion der Bundesversammlung protestierte damals Walther Bringolf in Prag gegen die Verhaftung von Sozialdemokraten. Wenige Wochen später nahm er an einem schweizerischen Parteitag eine aussenpolitische Lagebeurteilung vor. Die SPS stand vor der Frage, ob unser Land sich am amerikanischen Marshall-Plan zum Wiederaufbau Europas beteiligen solle. In sieben «Leitsätzen», die ohne grosse Opposition Zustimmung fanden, sprachen sich die Delegierten für Selbständigkeit gegenüber jeder Blockbildung aus. Gleichwohl befürworteten sie eine Beteiligung der Schweiz am Marshall-Plan. Bedauerlich sei, dass Sowjetrussland sich weigere, an diesem Hilfsprojekt mitzuwirken. Kritisiert wurde auch – unter Berufung auf die Machtergreifung der Kommunisten in der Tschechoslowakei – der Versuch der Sowjetunion, überall in ihrem Einflussbereich das totalitäre Einparteiensystem als politische Herrschaftsform aufzurichten.²⁰

Bringolf zog aus dem Prager Umsturz die Konsequenz: «Ich habe nach dem kommunistischen Staatsstreich [...] keine der osteuropäischen Länder besucht, auch dann

17 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 148, 164–169.

18 Sidler (vgl. Anm. 2), S. 243, 249.

19 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 249.

20 Walther Bringolf, Die Sozialdemokratie zu den internationalen Problemen, Schaffhausen 1948, S. 30–31. – Wolf (vgl. Anm. 1), S. 251.

nicht, wenn ich offiziell mit schweizerischen Delegationen eingeladen wurde.»²¹ In dieser ablehnenden Haltung wurde er durch den Ungarnaufstand von 1956 bestärkt. Auf seinen Antrag hin sandte die Partei den rebellierenden Kräften in Budapest das Telegramm: «Die SPS nimmt aufrichtig Anteil am Freiheitskampf der unterdrückten Arbeiter, Angestellten, Bauern und Intellektuellen.» Nachdem aber die Russen in Ungarn militärisch interveniert hatten, hinterlegte Bringolf bei der Sowjetbotschaft in Bern einen Protest.²²

Weit war der Weg, den der Politiker seit seiner kommunistischen Jugend zurückgelegt hatte. Wäre er denselben nicht gegangen, wäre er unter Umständen der gleichen Hetzjagd zum Opfer gefallen, wie sie damals der marxistische Intellektuelle Konrad Farner über sich ergehen lassen musste, als übereifrige Patrioten vor seinem Haus in Thalwil demonstrierten und die Dorfbewohner den Kontakt zu ihm und seiner Familie mieden. «Obwohl der kommunistische Einfluss in der Schweiz so gering wie kaum in einer anderen westeuropäischen Demokratie war, wurde seine Bekämpfung mit grösstem Eifer betrieben.»²³

Wenn Bringolf, der ehemalige Kommunist, ebenfalls zum Antikommunisten mutiert ist, so geschah dies bei ihm aus sozialistischer Überzeugung. Er kam zur Einsicht, dass der russische Staatskapitalismus mehr ausbeuterische Züge aufweise als der westliche Kapitalismus. Zudem existierten in Osteuropa keine unabhängigen Gewerkschaften, die ungehindert die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen konnten. «Darum kann man», so Bringolfs Fazit, «nicht von Sozialismus sprechen, weder in der Sowjetunion noch in den Satellitenstaaten.» Der Begriff des Sozialismus werde dort «missbraucht und geschändet».²⁴ Bringolfs Antikommunismus war eine Variation der sozialdemokratischen Spielart geistiger Landesverteidigung aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Das Bedrohungspotenzial lag nun nicht mehr im Norden, sondern im Osten.

Fünfzigerjahre: Von der Integration zur Konkordanz

Am 15. Dezember 1943 wählte die Vereinigte Bundesversammlung in der Person von Ernst Nobs den ersten Sozialdemokraten in den Bundesrat. Damit setzte sich die Landesregierung neu aus drei Freisinnigen, zwei Katholisch-Konservativen (heute CVP), einem Vertreter der Bauernpartei (heute SVP) und einem Sozialisten zusammen (3 + 2 + 1 + 1). Bringolf hatte parteiintern gegen den Eintritt der SP in die Regierung votiert. Man dürfe nicht «die grosse Chance um die Neugestaltung der Schweiz» gegen «die kleine Chance der Regierungsbeteiligung» eintauschen. Seiner Meinung nach war die Zeit noch nicht reif für eine Bundesratsbeteiligung der SP.²⁵

21 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 253.

22 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 254.

23 Degen (vgl. Anm. 6), S. 73–74, 126. – Sidler (vgl. Anm. 2), S. 251.

24 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 254–255.

25 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 215.

Anders urteilte er zehn Jahre später, als Max Weber, Nachfolger von Nobs, überraschend aus dem Bundesrat zurücktrat. Jetzt «steigen wir in den Jungbrunnen der Opposition», rief der inzwischen zum Parteichef avancierte Bringolf an einer Kundgebung in Zürich den 2000 Teilnehmenden zu. Aber er relativierte sofort seine Aussage: «Wir sind bereit, zwei Jahre, zehn Jahre oder noch länger ausserhalb der Regierung zu bleiben.»²⁶ Bei einer allfälligen Rückkehr der SP in den Bundesrat müsse ihr eine Zweiertvertretung eingeräumt werden. Damit hatte der Taktiker die «Zauberformel» (2 + 2 + 2 + 1) ins Spiel gebracht (der Begriff ist allerdings erst später kreiert worden).²⁷

Diese Idee wurde 1954 von den Katholisch-Konservativen aufgegriffen, als im Bundesrat eine Dreiervakanz entstanden war. Sie verständigten sich mit den Sozialisten auf eine Übergangslösung, wonach die Regierung gemäss der Formel 3 (Freisinn) + 3 (CVP) + 1 (Bauernpartei) zusammzusetzen sei. Bei einer nächsten Doppeltvakanz würden dann die beiden grossen bürgerlichen Parteien je einen Sitz den Sozialdemokraten überlassen. Dieser Kompromiss behagte Bringolf nicht. Allzu gerne hätte er jetzt schon einen Bundesratssitz für sich ergattert, selbst auf die Gefahr hin, dass damit das ersehnte SP-Doppelmandat verscherzt worden wäre. Er musste sich aber von seinen Genossen sagen lassen, er selber habe vor Jahresfrist die Parole ausgegeben: «Das sozialdemokratische Einmann-Theater darf sich nicht wiederholen.»²⁸

Der sechsjährige «Jungbrunnen der Opposition» gestaltete sich für die SP eher mühsam. Nur in der Finanzpolitik hatte sie den Regierungsparteien eine echte Alternative entgegenzustellen, erlitt dabei aber ein Fiasko.²⁹ Immerhin benutzte sie ihr Interregnum zur Revision des Parteiprogramms. Da die ideologische Grundlage des Marxismus zur leeren Floskel geworden war, wurde sie über Bord geworfen und die Lücke durch die Ersatzreligionen Wirtschaftswachstum und höherer Lebensstandard ausgefüllt.³⁰ In einer Parteitagsrede zur Programmrevision strich Bringolf die Integration der SP in die schweizerische Willensnation heraus: «Für die Arbeiterschaft unseres Landes ist heute ihre Verbundenheit mit dem Schweizer Volk, ich möchte fast sagen: mit der Nation, vollzogene Tatsache. Wir sind [...] in unserem Volke integriert.»³¹

1959 nahm die Oppositionsphase ein Ende, da gleich vier Bundesräte demissionierten. Die SP nominierte Walther Bringolf und den Zürcher Stadtrat Willy Spühler. Ihr Anspruch auf eine Zweiertvertretung blieb weitgehend unbestritten. Keine Partei wagte es, ihr mit einem offiziellen Gegenkandidaten entgegenzutreten. Immerhin stand in der bewährten Person von Hans Schaffner ein inoffizieller freisinniger

26 Zürcher Volksrecht, 18. 12. 1953.

27 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 287.

28 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 291–292.

29 SPS und Gewerkschaftsbund kämpften als einzige Gruppierung die Neuordnung der Bundesfinanzen, die aber am 11. Mai 1958 mit 418 960 zu 348 361 Stimmen und mit 17 ½ gegen 4 ½ Stände angenommen wurde. Degen (vgl. Anm. 6), S. 79–80. – Arbeiter-Zeitung, 12. 5. 1958.

30 Degen (vgl. Anm. 6), S. 76, 79–82.

31 Walther Bringolf, Die Sozialdemokratie gestern, heute, morgen, Schaffhausen 1959, S. 6.

Bewerber im Hintergrund. Was die Kandidatur Bringolf anbelangte, so schien er für viele bürgerliche Parlamentarier nicht wählbar zu sein. Drei Dinge wurden ihm angekreidet: sein Alter von 64 Jahren, seine kommunistische Jugend und sein unbequemer Charakter. So kam es, dass die SP zwar ihr Ziel, zwei Sitze, erreichte, jedoch der umgänglichere Hans Peter Tschudi das Rennen machte. Mit diesem Entscheid hatten die Bürgerlichen demonstriert, «dass sie die Wahlen kontrollierten». Aber wenigstens hatte sich die Zauberformel durchgesetzt. Für den Freisinn war dies immer noch ein harter Brocken.³²

Durch den Einzug zweier Sozialdemokraten in den Bundesrat ist der Schweiz eine echte Opposition abhanden gekommen. Allerdings hatte die Sozialdemokratie seit einiger Zeit kaum mehr als ernst zu nehmendes Gegengewicht zum Bürgertum fungiert. Mit ihrer paritätischen Einbindung in die Regierungsverantwortung war der Schritt zur Konkordanzdemokratie vollzogen. Das System sollte über Jahrzehnte hinaus Bestand haben, wenngleich es immer wieder Anlass zu Diskussionen gab.³³

Sechzigerjahre: Neue Konflikte

Die Konkordanz sollte sich bald als zweischneidiges Schwert für die SP erweisen. Einerseits konnte die Partei in der Sozialpolitik Fortschritte erzielen. So etwa bei der AHV, die, begünstigt durch die gute Konjunktur, von Bundesrat Tschudi zügig ausgebaut wurde. Andererseits verlor die Partei an Profil, weil alle wichtigen Kräfte politisch integriert waren und sich kaum mehr voneinander zu unterscheiden vermochten. Das wirkte sich nachteilig auf die Nationalratswahlen aus. 1967 verlor die SP einen Achtel ihrer Wählerschaft. Vier Jahre später fiel sie sogar hinter das Resultat der ersten Proporzwahl von 1919 zurück. Zweifel tauchten auf, ob die Konkordanzdemokratie der Weisheit letzter Schluss sei. «Die Stellung der SPS als Oppositionspartei [sei] neu zu überdenken», lautete ein dem Vorstand überwiesener Antrag des Parteitags vom 15. Juni 1968. Allmählich wuchsen am linken Rand neue, mit der SP konkurrierende Organisationen wie «POCH»³⁴ und «Revolutionäre Marxistische Liga» empor. Sie setzten sich aus einer Jugend zusammen, die nicht nur das bürgerliche, sondern auch das linke «Establishment» in Frage stellte.³⁵ Ironie des Schicksals: Die Neue Linke griff ab Ende der Sechzigerjahre auf dieselbe Doppelstrategie – ausserparlamentarische Gegenmacht und parlamentarisch-direktdemokratische Opposition – zurück, die Bringolf vierzig Jahre zuvor als kommunistischer Rebell so virtuos angewandt hatte.

32 Degen (vgl. Anm. 6), S. 83–86. – Wolf (vgl. Anm. 1), S. 294–299.

33 Degen (vgl. Anm. 6), S. 87. – Kurt Müller, Krise der Konkordanzdemokratie, in: Neue Zürcher Zeitung, 1./2. 12. 1990. – «Von der Konkordanz ist nicht viel übrig». Interview mit Arnold Koller, in: Schaffhauser Nachrichten, 26. 6. 2007.

34 «Progressive Organisationen der Schweiz».

35 Degen (vgl. Anm. 6), S. 75, 99–108, 126–128. – Urs Altermatt et al., Rechte und linke Fundamentalopposition, Studien zur Schweizer Politik 1965–1990, Basel 1994, S. 14–20.

Den Aufstand der Söhne gegen die Väter bekam auch Walther Bringolf zu spüren. Am selben Parteitag vom 15. Juni 1968 setzte es Pfiffe ab, als der Schaffhauser das Wort ergreifen wollte gegen einen Antrag der Genfer Sektion, es sei für die Finanzierung der Entwicklungshilfe ein bestimmter Prozentsatz dem Militärbudget zu entnehmen. «Bisherige Tabus, wie eben das ‹Parteiheiligtum› Bringolf, sind nicht mehr tabu», lautete ein pointierter Kommentar. Viele Jugendliche, hiess es weiter, würden die Rolle der SP als Regierungspartei hinterfragen und sich für eine «Wiederaufnahme der historischen Ziele der Arbeiterbewegung» stark machen.³⁶

Zwei Wochen nach dem Parteitag kam es in Zürich zu schweren Zusammenstössen zwischen Demonstranten für ein autonomes Jugendzentrum und der Polizei («Globus-Krawalle»). In einem ausgewogenen Kommentar distanzierte sich «AZ»-Redaktor Paul Harnisch von den Provokationen der Jungen, aber auch von den massiven Reaktionen der Polizei. Darauf zitierte Bringolf die ganze «AZ»-Redaktion zu sich aufs Stadthaus. In einem Brief an seine Genossen äusserte er sich vernichtend über die demonstrierenden Jugendlichen. Dieser «Janhagel» («Pöbel») könne sich nicht darauf berufen, Sozialisten oder Kommunisten zu sein. «Wir haben zu allen Zeiten, auch ich als Marxist, das Lumpenproletariat³⁷ nicht nur abgelehnt, sondern bekämpft.» Der Berner Politologe Erich Gruner dürfte nicht zuletzt an den Schaffhauser Stadtpräsidenten gedacht haben, als er den Satz prägte: «Wer sich als ehemaliger ‹Oppositioneller› mit der ‹Opposition› der nachfolgenden Generation auseinandersetzt, droht dem geschichtlichen Zwang zu erliegen, dass alt gewordene Oppositionelle und Revolutionäre ihrer ganzen Anlage nach die Träger der nächsten Runde schief beurteilen.»³⁸

Bringolf war nicht nur alt, sondern zum Teil auch konservativ geworden. Darauf deutet unter anderem seine ambivalente Haltung gegenüber dem Apartheid-Regime in Südafrika hin, aber auch seine politisch fragwürdigen Kontakte zu Dieter Bührle, dem Firmenleiter der Oerlikon-Bührle AG, welcher wegen Umgehung des Waffenembargos verurteilt worden war. Im Spektrum der SP rutschte Bringolf immer weiter nach rechts.³⁹ Der einstige Klassenkämpfer hatte sich der bürgerlichen Denk- und Lebensart stark angenähert.

36 Luzerner Nachrichten, 21. 6. 1968. – Walliser Bote, 28. 12. 1968.

37 Bringolf verwendet den Begriff «Lumpenproletariat» im Sinne von «randalierendem Pöbel». Anders Karl Marx und Friedrich Engels im «Kommunistischen Manifest» von 1848. Sie verstanden unter «Lumpenproletariat» diejenigen Proleten, die «sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen» liessen und damit ihrer Mission, Werkzeug der kommunistischen Revolution zu sein, untreu wurden. Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Aarau 1945, S. 21.

38 Arbeiter-Zeitung, 1. 7. 1968. – StadtA Schaffhausen, Nachlass Walther Bringolf, D IV.01.08, Nr. 21–003, Bringolf an die AZ-Redaktion, 1. 7. 1968. – Erich Gruner, Regierung und Opposition im schweizerischen Bundesstaat (Staat und Politik, 7), Bern 1969, S. 5.

39 Wolf (vgl. Anm. 1), S. 396–401. – Schaffhauser AZ, 20. 12. 1995.

Fazit

Walther Bringolf zählt zweifellos zu den bedeutendsten Schaffhausern des 20. Jahrhunderts. Stadt, Kanton, Bund und Partei haben ihm viel zu verdanken. Als Politiker von staatsmännischem Format hat er einen wesentlichen Beitrag zur Integration der Arbeiterschaft in das demokratische System der Schweiz geleistet. Bringolf nutzte seine vielfältigen Talente zu einer gezielten Sach- und Machtpolitik. Eine Meinungsumfrage von 1966 zeigt, dass er mit Abstand der bekannteste Schweizer Politiker war. Anhand seines Wirkens lässt sich die innenpolitische Entwicklung der Schweiz von 1920 bis 1970 in ihren Hauptzügen nachzeichnen. Dabei fällt auch ein Licht auf die Ideenwelt der politischen Linken.

Dr. Walter Wolf

Höhenweg 26, CH-8200 Schaffhausen

